

2640/AB
Bundesministerium vom 06.10.2025 zu 3113/J (XXVIII. GP)
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

sozialministerium.gv.at

Korinna Schumann
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.636.178

Wien, 1.10.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3113/J der Abgeordneten Meri Disoski, Freundinnen und Freunde, betreffend Einsatz für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch auf EU-Ebene** wie folgt:

Fragen 1 bis 11:

- *Unterstützen Sie die Aufnahme des Rechts auf einen legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union?*
- *Wenn nein, wieso nicht?*
- *Wenn ja, gab es seitens Ihres Ressorts bereits Initiativen, Stellungnahmen oder Maßnahmen, die dieses Ziel auf EU-Ebene fördern?*
- *Haben Sie sich im Rahmen von EU-Gremien (z.B. Rat der EU, informelle Minister:innentreffen, bilaterale Gespräche) bereits für dieses Anliegen eingesetzt oder planen Sie, dies zu tun?*
- *Wenn nein, wieso nicht?*
- *Wenn ja, inwiefern? Mit der Bitte um genaue Darstellung.*
- *Wie beurteilen Sie die Rolle Österreichs im aktuellen europäischen Diskurs zu reproduktiven Rechten?*

- *Welche konkreten Schritte sind von Ihrem Ressort geplant, um sich aktiv für reproduktive Rechte - insbesondere für das Recht auf einen legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch - auf europäischer und nationaler Ebene einzusetzen?*
- *Unterstützen Sie und Ihr Ressort die Forderungen der EU-weiten Bürgerinitiative My Voice, My Choice?*
- *Wenn nein, wieso nicht?*
- *Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie und Ihr Ressort ergreifen, um diese Forderungen auf EU-Ebene umzusetzen?*

Mein Ressort befasst sich mit diesem Thema im Rahmen des Aktionsplans Frauengesundheit: Dieser Aktionsplan stellt ein Maßnahmenpaket dar, welches zur Erreichung von gesundheitlicher Chancengerechtigkeit für Frauen und Mädchen beitragen soll. Unter dem Wirkungsziel 13 wird mit der Maßnahme Nr. 27 konkret der niederschwellige, flächendeckende Zugang zum Schwangerschaftsabbruch erwähnt (Seite 64-69):

Wirkungsziel 13: Reproduktive Gesundheit fördern

- Maßnahme 27: Frauen in selbstbestimmter Sexualität unterstützen (z.B. niederschwelliger Zugang zu Verhütungsmitteln) sowie die Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch in allen Bundesländern sichern.

In den einschlägigen Gremien der Europäischen Union, in denen mein Ressort vertreten ist – namentlich im Rat der Europäischen Union in der Formation Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO), im Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) sowie in den vorbereitenden Arbeitsgruppen „Gesundheitswesen“ und „Arzneimittel und Medizinprodukte“ – stand das Thema Recht auf Schwangerschaftsabbruch bislang nicht auf der Tagesordnung und war somit weder Gegenstand von Beratungen noch von Gesprächen oder Verhandlungen. Darüberhinausgehende Initiativen betreffend europäische Regulierungen des Schwangerschaftsabbruchs gab es seitens meines Ressorts bisher nicht, aufgrund der mangelnden Zuständigkeit meines Ressorts für Angelegenheiten des gerichtlichen Strafrechts.

Mit freundlichen Grüßen

Korinna Schumann

